

# Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 188.

Dienstag, 16. März  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher. Sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wühlmühl. 16.)  
bei C. H. Krieger & Co.  
Breitenstraße 14.  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Krüger,  
in Breslau bei Emil Kahl.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. F. Hanke & Co. —  
Hanselmann & Vogler, —  
Kudolph Hoffe.  
In Berlin, Dresden, Göttingen  
beim „Jugendfreund“.

## Telegraphische Nachrichten.

**Schwerin, 15. März.** In dem Reskripte vom 12. d. M. motivirt der Großherzog seine Ablehnung des Antrages der Ritterschaft auf weitere Verhandlungen über die Verfassungs-Angelegenheit zwischen Regierungskommissarien und ständischen Deputirten damit, daß der Antrag nur von einem Stande gestellt ist.

**Paris, 15. März.** Das „Univers“ veröffentlicht einen von Cabrera abgefaßten Entwurf einer Proklamation an die Carlisten, die Vorschläge für ein Convenio enthält. Der Entwurf ist von Paris vom 11. d. M. datirt. — Hier eingetroffene marseiller Blätter enthalten die Mittheilung, daß der Kaiser von Japan die Absicht habe, Frankreich zu besuchen und in Begleitung von drei japanesischen Kriegsschiffen im August d. J. seine Reise dahin antreten werde.

**Verfaillés, 15. März.** In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Herzog von Audiffret-Pasquier mit 418 von 598 abgegebenen gültigen Stimmen zum Präsidenten der Versammlung gewählt. 133 Stimmzettel waren unbeschrieben. Die Wahl des Vizepräsidenten wurde auf morgen festgesetzt.

**Rom, 15. März.** In dem heute abgehaltenen Konfistorium hat der Papst die Erzbischöfe Gianelli, Ledóchowski, Mac Closser, Manning, DeCampis und Bartolini zu Kardinalen ernannt und sich die Kreirung von 5 weiteren Kardinalen vorbehalten. Der Papst vollzog ferner die Ernennung von mehreren Bischöfen und hielt alsdann eine Allocution.

**London, 15. März.** Der hiesige russische Botschafter Graf Schadow hat sich heute zu einem kurzen Aufenthalte nach Petersburg begeben.

## Vom Landtage.

### 9. Sitzung des Herrenhauses.

**Berlin, 15. März.** 11 Uhr. Am Ministerisch: Justizminister Dr. Leonhardt und die Geh. Räte Kurzbau und Dr. Stölzel.

Der erste Vizepräsident v. Bernuth eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Der Gesetzentwurf betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen ist eingegangen und der Agrarkommission überwiesen worden. — Das erbliche Mitglied des Hauses, Gebhard Fürst Blücher von Wabnitz ist am 8. d. M. verstorben. Die Versammlung erhebt sich zu seinem Andenken.

Die Generaldebatte der Vormundschaftsordnung wird hierauf fortgesetzt.

Graf Brühl: Ich hatte bisher den Justizminister für einen durch und durch liberalen Mann gehalten — was eben in meinen Augen kein Vorzug war. Ich habe mich aber gestern überzeugt, daß er ein Reaktionär vom reinsten Wasser ist. (Heiterkeit links.) Wenn er der Meinung ist, daß die Appellationsgerichte über die vorliegende Frage zu urtheilen kompetenter sind als wir — wozu sind wir überhaupt dann noch nöthig? (Heiterkeit links.) Ich hoffe, er wird nicht ärgern, eine Vorlage einzubringen, wodurch die Landesvertretung abgeschafft wird. (Heiterkeit.) Ich zweifle aber sehr, ob alle Appellationsgerichte diese Aufgabe bewerkstelligen würden. Wir hatten in den altpreussischen Landesstellen bis 1866 geglaubt, wir wären in Bezug auf die Gesetzgebung unseren Nachbarn voraus, und namentlich betrachteten wir Hannover und Hessen als Länder, wo der Kopf noch außerordentlich lang hing. Zu unserem Erstaunen hören wir aber nunmehr tagtäglich, daß die Gesetze jener Länder weit vortrefflicher als die unsrigen sein sollen. Ich fürchte, wenn wir nächstens ein Stück von China annectiren, so werden wir mit chinesischen Gesetzen beglückt werden. (Heiterkeit links.) Unsere moderne Gesetzgebung wird sicherlich nicht die Dauer der landrechtlichen Erröden, die zu schmähen jetzt zum guten Ton zu gehören scheint. Selbst wenn diese Vorlage wirklich vorzüglich wäre, so müßte ich sie doch ablehnen, weil sie die Führung der Vormundschaft nicht vom konfessionellen Standpunkte aus ordnet. Es würde danach nichts entgegenstehen, einem christlichen Mündel einen jüdischen Vormund zu geben. Das mag aus praktischen Gründen mitunter empfehlenswerth erscheinen, aber es gefährdet das ewige Wohl des Kindes, das mir höher steht, als irdische Vortheile. Ich werde deshalb gegen das Gesetz stimmen.

Justizminister Dr. Leonhardt: Dieser Gesetzentwurf hat in der vorigen Session dem Abgeordnetenhaus vorgelegen und in seiner ersten Lesung dort den vollen Beifall des Hauses gefunden, nur ein einziger angesehener rheinischer Jurist, der Präsident des Landrechts zu Elberfeld, erhob Einwendungen gegen den Entwurf als Ganzes. Hier im Hause geht die Opposition nicht von rheinischen Juristen aus — im Gegentheil, der Nachbar des Elberfelder Gerichts-Präsidenten, der Oberbürgermeister von Barmen, hat den Entwurf in geradezu meisterhafter Weise verteidigt, und ein auf dem Gebiete des rheinischen Rechts sehr bewandeter Jurist, Generalstaatsanwalt Weber, hand ganz auf demselben Standpunkt. Die Opposition geht hier vom Gebiete des Landrechts aus, wo, ich wiederhole es, die Gerichte seit Jahrzehnten die herrschenden Rechtszustände als unerträglich bezeichnet haben. Zwei gewiß kompetente Männer, die Präsidenten der Appellationsgerichte zu Glogau und Königsberg, haben diese gestützt bekräftigt. Alle Bestimmungen dieses Gesetzes fallen mir persönlich auch nicht, aber ich verstehe mein Urtheil auch als Justizminister unterzuordnen. Der Entwurf hat in der Kommission eine wahre Feuerprobe bestanden, es hat an kritischem Eifer und Willen nicht gefehlt, er ist aber unversehrt daraus hervorgegangen. Ich scheue mich nicht auszusprechen, daß ein so vollendeter Gesetzentwurf selten einer Landesvertretung vorgelegt worden ist. Ich vindicire dieses Lob den Männern, welche mir bei der Redaktion zur Seite gestanden. Nichts ist dabei übereilt worden, nachdem die Gutachten der Gerichte gehört worden, hat die Vorlage 1873 zwei Lesungen in den Plenarversammlungen des Justizministeriums passirt, und die im Justizministerium vorhandene Intelligenz hat sich auch in den Kommissionsberatungen glänzend bewährt. Meine Kommissarien waren stets auf der Höhe der Situation, kein Amendement kam ihnen unerwartet. Unter Umständen ist eine abweichende Kritik ein um so stärkerer Beweis für den Werth des Gesetzes, je mehr sie sich ablehnend zu demselben verhält. Ich möchte das hier hauptsächlich mit Bezug auf den Vorwurf gelten lassen, daß das Gesetz nicht verständlich redigirt ist. Die Gesetzentwerfer desselben kommen klar zum Ausdruck; nur steht kein über-

flüssiges Wort darin, weil jedes überflüssige Wort vom Uebel ist. Es kommt ja auch wohl vor, daß Gesetze von einfältigen Leuten besser verstanden werden, als von klugen. (Heiterkeit.) So paradox das auch klingen mag, so ist es doch richtig; wenn man unter jenen nur juristisch einfältige, sonst aber verständige, unter diesen aber juristisch gebildete Männer versteht, die häufig erst von ihren eingelebten Anschauungen abstrahiren müssen, um Neues zu verstehen. Es trifft das besonders für Prozeßgesetze zu, durch welche vom schriftlichen Verfahren zur reinen Mündlichkeit übergegangen werden soll. Nach hier mag es zum Theil richtig sein, aber ich zweifle nicht, daß jeder landrechtliche Richter soviel Bildung besitzen wird, um das Gesetz zu verstehen und zu handhaben. Werfen wir doch unseren Blick um 3 Jahre zurück, und vergegenwärtigen wir uns die Schwierigkeiten, welche der Regelung des Grundbuchwesens damals entgegenstanden! Alle damals gehegten Befürchtungen sind durch die Praxis widerlegt worden. Wenn hier und da noch Schwierigkeiten vorhanden sind, so werden sie jedenfalls beseitigt sein, sobald die Uebereinstimmung der Grund- und Steuerbücher erst durchgeführt ist. Die Bedenken gegen dieses Gesetz sind nicht halb so schwer, ich zweifle nicht, daß dasselbe sich bewähren wird.

Oberbürgermeister Becker (Halberstadt): Der Antrag des Grafen Brühl, eine Bestimmung in das Gesetz hineinzuschreiben, welcher Konfession der Vorwand anzugehören habe, ist in der Kommission wiederholt gestellt und stets mit großer Majorität abgelehnt worden. Im Großen und Ganzen wird ja jeder Vormundschaftsrichter bei der Auswahl des Vormunds auf die Konfession des Mündels sehen, eine ausdrückliche Vorschrift aber, daß er darauf zu sehen habe, ist in hohem Grade bedenklich. Ueberhaupt billige ich, obgleich ich dem Gebiete des Allgemeinen Landrechts angehöre, im Allgemeinen die Grundzüge des Entwurfs, die gegen die landrechtlichen Bestimmungen große Vorzüge besitzen. Im Einzelnen ließen sich wohl noch Verbesserungen anbringen. Beispielsweise könnte man dem Waisenvater eine Reihe bestimmter Funktionen zuweisen und sollte er auch nur jährlich einmal einen Erziehungsbericht über die ihm anvertrauten Mündel zu erstatten haben. Das Institut des Waisenvaters selbst wird insbesondere in den größeren Städten sich trefflich bewähren. Bedenklich ist mir noch, daß in dem ganzen Entwurf von der Hauptpflicht des Vormundschaftsrichters keine Rede ist, obgleich man allerdings einwenden kann, diese Hauptpflicht folge schon aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Ich hoffe übrigens, daß wir uns mit großer Majorität für den Entwurf entscheiden werden.

Thatsächlich berichtend bemerkt Graf zur Lippe, daß das Institut des Familienrathes in der Kommission eine vollständige Umarbeitung erfahren habe, worauf der Justizminister Dr. Leonhardt erklärt: Ich bleibe dabei: die Kommission hat in dem ganzen Entwurf keine fehlerhafte Bestimmung gefunden.

Graf zur Lippe bittet, dem Entwurf gegenüber sich zwar verbeugend, aber nicht neigend zu verhalten.

Hier wird die Generaldiskussion geschlossen und die Spezialdiskussion von dem Referenten Professor Dernburg eingeleitet, welcher über einige gegen den Entwurf eingegangene Petitionen berichtet. Unter diesen befindet sich auch eine Petition von 15 berliner Eigenthümern, den „Rentier Schulze aus der Andreasstraße“ an der Spitze. (Heiterkeit.)

§ 1 lautet: „Das Vormundschaftsgericht wird von Einzelrichtern (Friedenrichtern, Antikristen, Gerichtskommissarien) verwaltet. Im Geltungsbereich der Verordnung vom 2. Januar 1849 und im Bezirk des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. M. werden zu diesem Zwecke bei den Kollegialgerichten erster Instanz ein oder mehrere Einzelrichter ernannt.“

Graf zur Lippe beantragt folgenden Zusatz: „Der Geschäftsbereich des Einzelrichters ist örtlich abzugrenzen, jedoch wird der Justizminister ermächtigt, bei den Gerichten in Städten mit mehr als 50,000 Einwohnern eine andere Vertheilung der Geschäfte unter mehrere Einzelrichter anzuordnen.“

Für diesen Zusatz tritt außer dem Antragsteller auch Herr v. Wedell ein.

Domdechant Geh. Rath v. Wilsleben beantragt: a) principaliter dem § 1 folgende Fassung zu geben: „Das Vormundschaftsgericht wird bei Vormundschaften mit einem Vermögensbestande von 150,000 Mark und darüber durch die Kollegialgerichte erster Instanz, in allen übrigen Fällen von Einzelrichtern verwaltet. Bei der Feststellung des Vermögensbestandes werden die Schulden nicht abgerechnet.“ b) eventualiter, falls diese Fassung nicht beliebt werden sollte, dem § 1 des Entwurfs hinzuzufügen: „Wenn es vom Erblasser durch letztwillige Bestimmung, vom Vormunde oder dem Familienrath verlangt wird, tritt an Stelle des Einzelrichters das ihm vorgesehene Kollegialgericht.“

Regierungskommissar Geh. Rath Kurzbau bittet, alle Amendements abzulehnen; der Prinzipalantworte des Herrn v. Wilsleben sei schon um deswillen ganz unannehmbar, weil, wenn man die Kompetenzgrenze nach dem Vermögen ziehe, man im einzelnen Falle nie wissen werde, welches Gericht denn eigentlich die Vormundschaft einzuleiten habe, welches Gericht also kompetent sei.

Auch Tribunalspräsident v. Gölzer empfiehlt die unveränderte Annahme des § 1.

Justizminister Dr. Leonhardt wiederholt den schon in der Generaldiskussion von ihm vertheidigten Satz, daß die Vormundschaften in den Händen eines Einzelrichters viel besser aufgehoben seien, als in denen eines Kollegiums. Kollegien seien nur da erforderlich, wo es sich um die Entscheidung wichtiger Streitfragen, um schwierige juristische Analysen handelt. Er bittet, die sämtlichen Amendements abzulehnen.

Für die Ablehnung der gestellten Anträge sprach hierauf nochmals Oberbürgermeister Becker. Graf Rittberg bemerkte, daß ihm in Folge der Erklärung des Justizministers verschiedene Bedenken bezüglich der geschäftlichen Behandlung der Vormundschaftsachen durch Einzelrichter geschwunden seien.

Nachdem noch der Justizminister Leonhardt und der Referent Dernburg für die unveränderte Annahme des § 1 eingetreten waren, werden die sämtlichen zu § 1 gestellten Anträge abgelehnt, der § 1 unverändert angenommen.

Während der Abstimmung hatte Graf Brühl einen Antrag auf namentliche Abstimmung über das Amendement des Grafen zur Lippe eingebracht. Dieser Antrag wurde jedoch von dem Präsidenten v. Bernuth auf Grund der Bestimmungen der Geschäftsordnung als für zu spät eingebracht erachtet und nicht berücksichtigt.

Die übrigen Paragraphen des ersten Abschnitts (§ 2–10), welche sämtlich von der Kompetenz des Vormundschaftsgerichts handeln, werden ohne Debatte fast unverändert genehmigt. § 10, welcher speziell die Beschwerde gegen Anordnungen des Vormundschaftsgerichts betrifft, erhält auf den Antrag des Generalstaatsanwalts Weber im Einklang mit der Regierung folgenden für das französische Recht wichtigen Zusatz: „Die Beschwerde an das Landgericht kann ohne

Mitwirkung eines Anwalts eingebracht werden. Sie muß durch Rathskammerbeschuß erledigt werden.“

Der zweite Abschnitt des Entwurfs umfaßt die Vorschriften über die Einleitung, Führung, Beaufsichtigung und Beendigung der Vormundschaft über Minderjährige.

§ 11 lautet: „Minderjährige erhalten einen Vormund, wenn sie nicht unter väterlicher Gewalt stehen, wenn die väterliche Gewalt nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts ruht, oder wenn ihr Vater selbst bedarmundet wird.“

Professor Dr. Beseler beantragt folgende Zuzüge: Durch Verbeirathung wird die väterliche Gewalt aufgehoben.“ Minderjährige werden durch Verbeirathung großjährig.“

Der Antragsteller glaubt, durch seine Anträge einem im deutschen Volks von jeher vorhandenen Rechtsbewußtsein bezüglich der rechtlichen Stellung der Frau vom Momente ihrer Verheirathung ab Rechnung zu tragen. Meiner bedauert, daß das Allgemeine Landrecht diese rechtliche Stellung der Frau mehr nach römischrechtlichen, also fremden, als nach den deutschrechtlichen Ideen beurtheilt und daß der Entwurf sich mehr als nöthig das Allgemeine Landrecht zum Vorbilde genommen habe.

Justizminister Dr. Leonhardt: Die Regierung ist sehr zweifelhaft, ob sie den Antrag annehmen oder ablehnen soll. Das Justizministerium hat sich sehr lange mit der Frage beschäftigt, ob die Verbeirathung großjährig machen soll oder nicht. Sie war in einem früheren Entwurfe entschieden worden, man habe aber schließlich den Muth nicht, den Schritt zu thun, und ließ die betreffenden Bestimmungen fallen. Es kommt hier weniger auf den Unterschied der römischen und germanischen Rechtsprinzipien als auf die sittlichen und rechtlichen Anschauungen des Volkes an. Zur Beurtheilung dieser Frage ist daher die Landesvertretung ganz vorzüglich berufen, und sollte diese sich im Sinne des Beseler'schen Antrages aussprechen, so wird auch die Regierung dagegen keine Bedenken haben.

Graf zur Lippe erklärt sich mit dem Vorschlage des Professor Beseler einverstanden.

Reg. Komm. Geh. Rath Kurzbau: Es scheint mir nicht richtig zu sein, bezüglich der Frage, ob mit der Verbeirathung auch die Großjährigkeit eintreten solle, sich lediglich auf den Standpunkt zu stellen, die Bejahung entspreche der germanischen Auffassung. Nur in sehr wenigen Theilen von Deutschland werden die Töchter mit der Verbeirathung großjährig, in dem großen Gebiete des Allgemeinen Landrechts aber nicht. Der Satz, der Mann soll der einzige und ausschließliche Leiter der Frau sein, ist vom sittlichen Standpunkte aus gewiß richtig, vom rechtlichen nicht; er wäre es nur dann, wenn wir eine ganz allgemeine Gütergemeinschaft hätten; es bestehen aber sehr verschiedenartige Güterrechte. Nach dem Allgemeinen Landrecht führt der Mann über das sogenannte vorbehaltene Vermögen der Frau die Verwaltung. Wie häufig könnte er dies Vermögen zum Schaden der minderjährigen Frau verwalten, wenn ihn nicht der Vormund der Frau kontrollirte. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, mit welchem Sie nichts weiter erreichen, als daß das, was ja im einzelnen Falle durch Dispensation gewährt werden kann, als allgemeine Regel festgesetzt wird.

Generalstaatsanwalt Weber kann sich den juristischen Bedenken des Regierungskommissars nur anschließen, sie allein würden ausreichen, um die Ablehnung des Amendements zu rechtfertigen. Dazu kommt aber eine weitere wirtschaftliche Gefahr, wenn das Vermögen der jungen, unerfahrenen und doch vollkommen handlungsfähigen Ehefrau unbedingt der Disposition ihres Ehemannes überliefert wird. Warum will man einer solchen Person den wohlmeinenden Rath ihrer Eltern oder Vormünder entziehen? Das Amendement entspricht auch den sittlichen Ansichten der Mehrheit unseres Volkes nicht, es wäre nichts als eine Prämie für frühzeitige Heirathen.

Tribunalspräsident Dr. v. Gölzer erklärt sich ebenfalls gegen das Amendement, welches ohne innere Nothwendigkeit Rechtsvorschriften, die bisher nur in Schleswig-Holstein, Nordvorpommern und Rastau gegolten haben, ohne Prüfung, ob die thatsächlichen Voraussetzungen dafür vorhanden, auf die übrigen Theile der Monarchie übertragen wolle. Es würde zudem darin ein schwerer Eingriff in die in Preußen statutarisch bestehende eheliche Gütergemeinschaft sein. Die Entscheidung dieser so wichtigen Frage bleibt am besten dem bürgerlichen Gesetzbuche vorbehalten.

Herr v. Rath (Rittergutsbesitzer bei Krefeld) hat zwar die Beseler'schen Anträge im Allgemeinen mit unterstützt, muß sich aber entscheiden gegen diesen Antrag erklären. In seiner Stellung hat er von Jahr zu Jahr die Masse des Volks genauer kennen gelernt und leider die Erfahrung gemacht, daß die alten sittlichen Anschauungen der Familie in dem Arbeiterlande mehr und mehr verloren gehen. Die Heirathen von jungen Mädchen mit jungen Burken, die einen Fehltritt gut zu machen haben, nehmen immer mehr überhand. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß in unserem Arbeiterlande 95 Prozent der Bräute schwanger zur Trauung gehen. Personen also, welche im Spiel Rande gezeugt und solche durch die Ehe ehrlieh zu machen suchen, wollen Sie darum für großjährig erklären? Angesichts solcher Verhältnisse ist der Antrag Beseler mehr als bedenklich.

Professor Beseler: Der Herr Regierungskommissar schien doch mit dem Herrn Justizminister nicht ganz im Zusammenhange zu stehen. Seinen Ausführungen gegenüber gestehe ich zu, daß der größere Besitzstand für die fremden Rechte ist, nicht aber das Rechtsbewußtsein des Volkes. Stellen Sie mit Annahme meines Antrages ein altes nationales Recht wieder her.

Justizminister Leonhardt: Der Herr Regierungskommissar vertritt die Regierungsvorlage und das ist seine Sache. Auch ich erkläre, daß ich selbst heute noch nicht den Muth habe, zu dem Antrage mich zu bekennen, obwohl ich mich früher für die Lehre des Prof. Beseler sehr interessiert habe. Im Laufe der Zeit habe ich mich davon überzeugt, daß der von Prof. Beseler angerathene Schritt jetzt noch verfrüht zu sein würde. Ich sage deshalb auch nur, daß wenn die Landesvertretung den Ansichten Beseler's beipflichten sollte, die Regierung keinen Widerspruch einlegen würde.

Nachdem noch der Regierungskommissar Kurzbau und der Referent Dernburg gegen den Beseler'schen Antrag gesprochen hatten, wird derselbe abgelehnt und § 11 unverändert genehmigt.

Wegen des inneren Zusammenhanges des § 9 mit § 11 und wegen seines für die folgenden Paragraphen präjudizirlichen Charakters wird nunmehr auch über § 9 debattirt. Derselbe lautet: „Die Großjährigkeit tritt als Folge der Verbeirathung nicht mehr ein. Im Bezirk des Appellationsgerichts zu Köln erfolgt durch Verbeirathung des Kindes die väterliche Gewalt.“

Professor Beseler beantragt § 9 zu streichen, das Haus beschließt jedoch die Annahme.

Hierauf wird die Debatte um 4 1/2 Uhr bis Dienstag 11 Uhr vertagt.



### 30. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 15. März, 11 Uhr. Am Ministerlich Camphausen, Achenbach, Friedenthal.

Dem Finanzminister und Justizminister ist ein Gesetzentwurf betreffend das Stempel- und Taxenwesen in den Hohenollernschen Landen eingegangen.

Die auf der Tagesordnung stehende dritte Berathung des Staatshaushaltsetats, bei welcher von einer Generaldiskussion Abstand genommen wird, beschließt sich im Wesentlichen auf eine Befestigung der in der zweiten Lesung gefassten Beschlüsse bis auf folgende Abweichungen.

Im Etat des Handelsministeriums kommt von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben der Titel 76: 450,000 M. als erste Rate für den Neubau einer Gewerbeakademie in Berlin zur Verhandlung. In der zweiten Berathung war dieser Titel bewilligt und die Wahl des Grundstücks der früheren Porzellanmanufaktur gutgeheißen, zugleich aber die Staatsregierung in einer Resolution aufgefordert worden, die Gewerbeakademie mit der Front nach der Königsgräberstraße zu bauen und das Gewerbenuseum in möglichst Nähe zu errichten.

Ein Schreiben des Präsidenten des Herrenhauses, welches dagegen Protest erhob, daß ein Theil des Herrenhausgartens für diesen Bau mit benutzt werden sollte, war der Budgetkommission überwiesen worden, die nach nochmaliger Berathung dieses Titels folgende Resolution vorbrachte: „Statt der in zweiter Lesung angenommenen Resolution in Betreff des Baues der Gewerbeakademie nachstehende Resolution anzunehmen: 1) Das Haus billigt die Wahl des für den Bau der Gewerbeakademie in Aussicht genommenen Grundstücks, setzt aber dabei voraus, daß die k. Staatsregierung darauf Vorschlag nehmen werde, daß das Gewerbenuseum, eventuell unter Ankauf des der St. Lukas-Gemeinde gehörigen Grundstücks, in der Nähe der Gewerbeakademie errichtet werde. 2) Durch diesen Beschluß die in dem Schreiben der Präsidenten des Herrenhauses erhobenen Bedenken für erledigt zu erklären.“

Abg. v. Diederichs beantragte dagegen: „Den Bau der Gewerbeakademie auf dem Grundstück der früheren Porzellanmanufaktur nur für den Fall zu genehmigen, daß dies Grundstück nicht ferner zum Bau des neuen Reichstagsgebäudes in Anspruch genommen wird.“

Ref. Abg. Richter: In Folge der bei der zweiten Lesung gefassten Beschlüsse über den Bau der Gewerbeakademie hat das Präsidium des Herrenhauses in einer Vorstellung an das Handelsministerium die Zustimmung der Erhaltung einer Verbindung des Herrenhausgartens mit der Königsgräberstraße verlangt. Nach einem vorläufigen, noch nicht definitiv festgestellten Plan wird es möglich sein, die Gewerbeakademie und das Gewerbenuseum auf demselben Plage zu errichten, wobei von der Königsgräberstraße in direkter Richtung auf den Garten des Kriegsministeriums eine Seitenstraße in der Breite der Königsgräberstraße (30 Fuß) angelegt werden soll. Der Vorschlag der Budgetkommission will die Staatsregierung von der Verpflichtung entbinden, die Gewerbeakademie mit der Front nach der Königsgräberstraße zu errichten und die Möglichkeit gewähren, die Front des Gewerbenuseums nach dieser Straße hin zu legen. Dadurch erledigen sich auch die Bedenken des Präsidiums des Herrenhauses. Der Antrag v. Diederichs würde abzuheben sein, da die große Mehrheit des Reichstages das Projekt der Erbauung des Reichstagsgebäudes auf dem Plage der ehemaligen Porzellan Manufaktur definitiv aufgegeben hat.

Der Handelsminister erklärt sich mit dem Antrage der Budgetkommission einverstanden; es kommt dabei in Betracht, daß es sich nur um ein vorläufiges Projekt handelt. Der Minister wird die Wünsche des Abgeordnetenhauses möglichst berücksichtigen. Die Unterfertigung der Kommission des Reichstages hat die Unmöglichkeit der Erbauung des Reichstagsgebäudes auf diesem Grundstück ergeben.

Abg. v. Diederichs: Der Reichstagsbeschluß über die Errichtung des Reichstagsgebäudes auf dem fraglichen Platz besteht formell zu recht, so lange ihn nicht der Reichstag selbst aufhebt. Dies steht weder der Staatsregierung noch diesem Hause zu. Zur Aufhebung dieses Platzes würde der Reichstag leicht durch die Offerte eines besseren Platzes zu veranlassen sein, nämlich des Platzes zwischen dem Brandenburger Thor und der Linienstraße.

Der Handelsminister: Der Vorredner hat übersehen, daß der Platz Eigentum des preussischen Staates ist. Nach dem erwähnten Beschluß der Reichstagskommission hat der Reichstagskanzler seine weiteren Schritte bei der preussischen Staatsregierung gethan, um das Grundstück disponibel zu halten, der Reichstag selbst ist über die Sache als eine abgethane mit Stillschweigen hinweggegangen. Dieses Stillschweigen läßt die Stimmung des Reichstages erkennen. Durch die Annahme des Antrages Diederichs würde der dringende Neubau der Gewerbeakademie wieder um ein Jahr verschoben.

Abg. Windthorst (Meppen) schließt sich den Ausführungen des Abg. v. Diederichs an. Schon die Pflicht der Courtoisie gebietet, den Antrag v. Diederichs anzunehmen.

Der Referent Richter bemerkt, daß am Schlusse der letzten Reichstagsession die Fraktionen, welche die große Mehrheit des Reichstages bilden, nur aus formellen Gründen von Einbringung des Antrages Abstand genommen hätten, jenen Beschluß aufzuheben. Abg. Windthorst erwidert: Fraktionen können nicht in Betracht. Der Antrag der Budgetkommission wird genehmigt, der v. Diederichs abgelehnt.

Bei Tit. 77 (600,000 M. zum Umbau des Welfenschlosses in Hannover für die Politische Schule) wiederholt Abg. Windthorst (Meppen), daß hier mit Unrecht über fremdes Eigentum verfügt werde, und verweist auf die Ausführungen eines nationalliberalen Blattes, daß das jetzige Gebäude mit Hingabe eines Theils des dahinterliegenden dem Militärkasernen gehörigen Terrains mit bedeutenden geringeren Kosten sehr wohl ausgebaut werden kann, was die Regierung nochmals eingehend erwägen möge. Geh. Rath Stübe: Die statgefundenen ausführlichen Erwägungen haben die Undurchführbarkeit dieses Projektes erwiesen.

Die Position wird genehmigt.

Bei Kap. 66, Tit. 15 des Ordinariums: Stromregulierung und Hafenbauten u. s. w. wünscht der Abg. Wisselink eine schnellere Förderung der Regulierung des Weichselstroms im Interesse der Reichverbände der Weichselniederung. Der Handelsminister verspricht Erfüllung dieses Wunsches.

Abg. Berger beschwert sich über die Behinderung der Schifffahrt auf der Weser durch ungenügende Regulierung des Fahrwassers, Verschleppung der Schleusen und zu geringe Anwendung der Baggermaschinen. Der Handelsminister weist auf die bedeutenden Mittel des diesjährigen Etats für solche Zwecke hin.

Beim Etat der Domänenverwaltung kündigt Abgeordneter Frenzel einen besonderen Antrag in Bezug auf das Gesehde Gram an.

Abg. Miquel wünscht eine schnellere Entfestigung der dazu bestimmten Städte mit Berücksichtigung der kommunalen und städtischen Interessen.

Geh. Rath Miquel: Dem ersten Wunsch soll soweit Rechnung getragen werden, als die preussische Finanzverwaltung dem Reiche gegenüber darauf Einfluß hat, dem zweiten Wunsch nach dem gesetzlichen Grundsatze, daß Staatsvermögen nicht veräußert wird, mit welcher Erklärung der Abgeordnete Miquel sich durchaus befriedigt erklärt.

Abg. Duncker wünscht, daß zwischen dem Finanzminister und Handelsminister, bevor ein fiskalisches Grundstück veräußert wird, ein Einverständnis darüber erzielt wird, ob das Grundstück nicht für Staatszwecke zu benutzen ist.

Finanzminister Camphausen: Diese Einrichtung besteht bereits in noch viel weiterem Umfange, als sie gewünscht wird: vor dem Verkaufe eines Grundstücks wird nicht nur der Handelsminister, sondern alle Ressorts gefragt, ob sie für das Grundstück eine Verwendung haben. Der vom Vorredner früher einmal getadelte Verkauf der königlichen Mühlen erfolgte seiner Zeit auf Grund eines ausdrücklichen Beschlusses des Staatsministeriums.

Beim Etat der Forstverwaltung erhebt Abg. Rüppel Beschwerde darüber, daß, trotzdem die Forstbedienste bei den Jagden in allen alten Provinzen des preussischen Staates aufgehoben worden

sind, im Reize Einbein in Hannover, den er vertritt, dieselben noch in Kraft bestehen. Er bittet um Abschaffung derselben.

Zum Etat der direkten Steuern bemerkt der Abgeordnete Seyffardt, daß nach dem neuen Klassensteuergesetz in den westlichen Provinzen jedenfalls gegen die Absichten des Gesetzgebers die niederen Bevölkerungsschichten mehr belastet würden als früher.

Der Finanzminister will auf diese Frage nicht näher eingehen, weil bei der Berathung der Novelle zum Steuergesetze eine bessere Gelegenheit dazu geboten würde.

Abg. v. Benda: Dieselben Klagen über Mehrbelastung wurden auch aus den östlichen Provinzen laut, doch dürfe man nicht vergessen, daß man es mit einem neuen Reformgesetz zu thun habe, dessen Vortheile und Mängel sich noch nicht genau übersehen ließen. Die Beseitigung der Mängel sei nicht von Novellen zum Gesetz, sondern nur von einer veränderten Praxis bei der Veranlagung erwartet worden.

Abg. Richter (Hagen) ist der Meinung, daß die Klassen von 4 und 5 Thlen. zu hoch gegriffen sind und daß man an eine Abmilderung derselben denken müsse. Der Fehler liegt übrigens nicht darin, daß in den westlichen Provinzen zu hoch, sondern darin, daß in den östlichen Provinzen zu niedrig veranlagt ist. (Sehr richtig!) Während wissenschaftlich vom Professor von der Goltz nachgewiesen worden ist, daß in der Provinz Preußen kein Arbeiter unter 250 Thlr. leben kann, ist dort eine große Zahl von Tagelöhnern steuerfrei geblieben.

Bei den indirekten Steuern fordert Abg. Gescher in Konsequenz der Aufhebung des Schauffeugeldes die Aufhebung des Brückengeldes in Koblenz.

Über den im Etat des Staatsministeriums ausgeführten Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke beantragt Richter (Hagen) eine besondere Abstimmung. Er wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Fortschrittspartei bewilligt.

Im Etat der Staatsarchive hat die Regierung vorgeeschlagen, das Direktorium der Staatsarchive als Nebenamt mit 3000 M. Besoldung zu behandeln, dem Direktor des Geheimen Staatsarchivs aber ein Gehalt von 9000 M. zu geben. — Auf Antrag der Abgeordneten Dr. Kommissen, Dr. v. Sybel u. A. war dieser Etat an die Budgetkommission überwiesen, welche die Frage prüfen sollte, ob es sich nicht empfehle, die Stelle des Direktors der Staatsarchive als selbstständigen Amt zu behandeln. Diefelbe schlägt nunmehr vor, diese Stellen in folgender Weise zu bewilligen: 1) der Direktor der Staatsarchive mit 9000 M. 2) 1 Direktor des Geheimen Staatsarchivs mit 3000 M. (diese Stelle wird als Nebenamt verwaltet). Die Staatsregierung antwortet: a. in Erwägung zu ziehen, ob dem Direktor der Staatsarchive ein Hilfsarbeiter zur Unterstützung bei den Verwaltungsgeschäften beizugeben ist; b. im Etat für das Jahr 1876 die Gehälter der Staatsarchive und Archivare in den Provinzen, desgleichen die Gehälter der Archivsekretäre dem Bedürfnis gemäß zu erhöhen.

Referent Dr. Koepell: Der Vorschlag der Kommission hat keine Erhöhung des Titels zur Folge, er enthält lediglich eine Transponierung der früheren Stellen. Die Verwaltung des Direktoriums der Staatsarchive als Nebenamt hat bisher nur nachtheilig gewirkt. Der bisherige Direktor war mit diesem Amt allerdings als Nebenamt betraut, hatte aber thatsächlich kein anderes Amt zu verwalten. Der Budgetkommission schien es rathsam auf Hilfskräfte bedacht zu nehmen, weil der Direktor eine Menge von Verwaltungs- und Rechnungsgeschäften zu führen hat. — Ein Vertreter der Regierung erklärt darauf das Einverständnis der Regierung mit dem Antrage der Budgetkommission, dem auch das Haus beitrifft.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung liegt der Beschluß des Hauses vor, daß von der Regierung ein Gesetzentwurf eingebracht werde, durch welchen der Provinz Schleswig-Holstein zum Zwecke der Verminderung im Interesse der durch die Kriegsservicen von 1818–1851 Belasteten die Summe von 4½ Millionen Mark bewilligt wird. Von Seiten der Regierung, die in zweiter Lesung eine Erklärung abgegeben hat, erklärt heute der Finanzminister Camphausen: Ich bin in der Lage, Ihnen mitzutheilen, daß die Staatsregierung mit dem Wunsche einverstanden ist, die Ausgleichung mit der Provinz Schleswig-Holstein in der vom Hause vorgezeichneten Weise vorzunehmen (Beifall), daß sie baldmöglichst einen dem Sinne dieser Resolution entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen wird. (Lebhafter Beifall.)

Beim Etat der Justizverwaltung bemerkt Abg. Windthorst (Meppen), daß trotz der hier und im Reichstage stattgehabten Diskussionen immer noch Klagen über die Behandlung politischer Gefangenen erhoben werden.

Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, erklärt, daß ihm Beschwerden nicht zugekommen seien; eine allgemeine, diesen Gegenstand betreffende Befragung sei schon erlassen worden.

Abg. Windthorst (Meppen): Für die letzte Erklärung bin ich dankbar; in Bezug auf die erste Bemerkung möchte ich bemerken, daß Niemand sich gern über seinen Kerkermeister beschwert, so lange er unter dessen Händen ist.

Ferner kommt Abg. Dr. Lieber auf seine in der zweiten Lesung bezüglich des Ressortes des Justizministers über die ultramontanen Blätter gemachten Bemerkungen und die damalige Diskussion zurück. Seine damalige Behauptung, daß das Korrespondenzblatt des deutschen Vereins in Bonn ähnliche Äußerungen wie die angeblichen des bairischen Abg. Kremer von Doos enthält, sucht er damit zu beweisen, daß er einen Passus aus einem Leitartikel dieses Blattes verliest, der mit den Worten lautet: „Mit diesen Leuten läßt sich nicht m. hr. verhandeln, man muß sie niederkämpfen.“ (Allgemeine Bewegung und Heiterkeit.) Ferner bemerkt er hinsichtlich der Ermordung des Agenten Smid in Burgen an der Mosel, daß das Blatt am 5. Oktober am 5. Dezember 1874 angeführt war, während der Mord am 12. Januar 1875 stattfand. Redner verliest einen Brief des Gasfabrikanten Wagner in dieser Sache. Die Untersuchung wegen der verbrechlichen Anweisung eines Jagdgewehrs gegen den Ermordeten sei lediglich auf Antrag des Reichshofrathes, Kaufmann Thomas in Werden, eingeleitet worden. Redner erklärt, zur Meinung der Namen seiner Gewährsmänner ausdrücklich ermächtigt zu sein. Daß die Ultramontanen solche Ereignisse schon lediglich aus Klugheitsrücksichten begauern müßten, ist wohl offenbar. — Was nun die Bemerkung des Justizministers bei der früheren Debatte angeht, so weist der Redner darauf hin, daß die Germania in ihrer am Tage nach jener Debatte erschienenen Nummer den Beweis gefordert habe, daß sie niemals eine Äußerung wie: „es würde ein Glück für die katholische Kirche sein“, gebracht habe; der Habsburgerbote der Gebirgsbote habe dem Justizminister sogar seine Nummer aus der Zeit vor dem fälschlichen Attentat zugesandt, um ihm Gelegenheit zu geben, Beweise für seine Behauptung zu sammeln. Bis jetzt sei aber nichts darüber bekannt geworden. Redner schließt damit, daß er nichts lebhafter befehlen würde, als wenn zwei Personen vor der Beendigung des Kampfes das Zeitsich segnen würden. Se. Heiligkeit der Papst Pius IX. und der Reichskämmerer Fürst von Bismarck, für welchen letzteren er die Nemesis erwarte. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Windthorst (Bielefeld) hat als persönlicher Freund und Fraktionsgenosse den Abg. Kremer von Doos um Aufklärung über das ihm zugeschriebene geflügelte Wort gebeten; in einem Briefe erklärt derselbe nunmehr, daß er vor ca. 7–8 Jahren in einer Volksversammlung in Münden über das Treiben der bairischen Ultramontanen, die gar nicht mit den preussischen zu vergleichen wären, gesprochen und bemerkt, daß man mit ihnen nicht unterhandele, sondern sie, wo sie frech würden, auf die Köpfe klopfte. Dieser Ausdruck sei aber nur von den Ultramontanen, deren Organ das bairische Vaterland sei, dahin aufgefaßt, daß damit hyperbolische Mißhandlung gemeint sei; die Ankündigung unter den bairischen Ultramontanen hätten seine Bemerkung auch niemals anders aufgefaßt.

Abg. v. Sybel: Ich habe nicht geglaubt, daß diese Dinge in dritter Lesung zur Sprache kommen würden. Was die deutsche Vereinskorrespondenz betrifft, so verliere ich kein Wort darüber; ich sage nur, daß ein himmelweiter Unterschied zwischen dem vorgelesenen Passus und den angeblichen Worten des Herrn Kremer von Doos besteht.

(Sehr wahr!) Was den Mord des Smid betrifft, so bin ich nicht in der Lage zu bestreiten, daß am 5. Dezember aus ein solches Blatt angeheftet war, wie das, welches im Januar zu sehen war. Ich will keinen Zusammenhang konstruiren und habe nur die Fakta angeführt. Ebenso liegt es in einem andern Fall, dessen historische Begründung ich dem Abg. Lieber anbeimlege. In einem Dorfe bei Griebenbroich hatte ein Adersmann wochenlang Briefe bekommen, wenn er nicht von seinem gottlosen Liberalismus laßt, werde ihm das Haus über'm Kopfe angehängt werden; in der Nacht vom 13. zum 14. Januar brannte sein Haus nieder und seine Nachbarn weigerten sich beim Löschen Hand anzulegen. (Hört! Hört!) Ich konstatire nur diese Fakta. Die Namen kann ich allerdings nicht nennen, die liberalen Elemente in diesen Gegenden wissen es, daß ein Hervortreten der fanatisirten Bevölkerung gegenüber eine neue große Gefahr sein würde. (Lachen im Centrum. Sehr wahr! im übrigen Hause.)

Geh. Rath Wenzel: Der Herr Justizminister ist wegen der Berathung der Vormundschaft im Herrenhause verhindert hier zu erscheinen. Wenn ich mich nicht irre, hat er Ihnen damals aus der „Germania“ bestimmte Stellen vorgelesen (Widerpruch im Centrum), sonst brauche ich wohl nur darauf zu verweisen, daß der frühere Redakteur derselben eine einjährige Gefängnißstrafe abbüßte, daß der demnächstige sich der Vollstreckung einer zweijährigen nur durch die Flucht entzog. Angesichts dieser Thatsache kann von einer regierungsfreundlichen Haltung der „Germania“ wohl kaum die Rede sein. (Heiterkeit.) Es ist ja wohl möglich, daß der Habsburgerbote dem Justizminister seine Exemplare zugesandt hat; allein ein preussischer Justizminister hat doch Anderes zu thun, als einen ganzen Jahrgang eines solchen Blattes zu lesen. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Im Uebrigen kommt es weniger auf ein einzelnes Blatt, als vielmehr auf die Haltung dieser gesamten Presse an.

Hiermit schließt die Debatte. Der Etat des Justizministeriums wird unverändert genehmigt.

Zum Etat des Ministeriums des Innern liegt ein Antrag des Abg. Scharnweber vor wegen Bewilligung von Funktionszulagen für die in der Umgebung von Berlin stationirten Gensdarmen und Oberwachmeister.

Referent Abg. v. Benda empfiehlt im Namen der Budgetkommission, den Antrag zwar abzulehnen, dagegen die königliche Staatsregierung aufzufordern, die beantragte Bewilligung von Funktionszulagen für die in Rede stehenden Sicherheitsbeamten bei Aufstellung des Etats pro 1876 in Berücksichtigung zu ziehen. Das Haus genehmigt dies.

Beim Etat des Ministeriums der Landwirtschaft schäftlichen Angelegenheiten wünscht der Abg. Petri, daß das landwirthschaftliche Institut in Hof Geisberg in eine landwirthschaftliche Mittelschule mit der Befähigung der Verleihung des Zeugnisses zum Einjährig-Freiwilligendienst umgestaltet werde.

Der Minister will dieser Frage näher treten.

Abg. Parisius bemerkt, daß er sich zum Worte gemeldet hat.

Präsident: Ja, zum Etat der Geflügelverwaltung.

Abg. Parisius antwortet: Gott bewahre, damit habe ich nichts zu thun! Er hält es für seine Pflicht zu konstatiren, daß seine Angaben über die landwirthschaftliche Akademie zu Halle bei der zweiten Lesung vollständig richtig gewesen seien; er thut es, weil in Folge der damaligen Rede des Ministers der Ruf der Anstalt leiden könnte. Er wünscht eine gründliche Erörterung der Frage wegen Stellung der landwirthschaftlichen Anstalten unter das Kultusministerium.

Der landwirthschaftliche Minister: Der von Amtswegen eingeforderte Bericht befindet sich in den Händen des Kultusministers, ich habe ihn noch nicht gesehen, aber gehört, daß meine Zahlenangaben sich wesentlich rektifiziren. Meine Rede richtete sich nicht gegen die Anstalt, ich habe vielmehr ausdrücklich hervorgehoben, daß ich das Institut für eine Zierde der deutschen Landwirthschaft und für sie geradezu unentbehrlich halte; meine Bedenken gingen lediglich dahin, daß nicht alle Zuhörer die nötige Vorbildung und Reise hätten, das Studium so wissenschaftlich zu betreiben, als dies eine Konsequenz der akademischen Einrichtung ist. Ueber die Nothwendigkeit finden gründliche Erörterungen statt, deren Resultat dem Hause vorgelegt werden wird.

Abg. v. Sybel hält trotz der Ausführungen des Abg. Parisius an seinen Äußerungen bei der zweiten Lesung fest; eine Vereinigung des Instituts mit der Universität kann nur dann unbedenklich sein, wenn die Zöglinge dieselbe Vorbildung, wie die Studenten, haben.

Abg. Parisius würde heute nicht gesprochen haben, wenn der Minister nicht eine ähnliche Erklärung, wie heute, abgegeben hätte.

Bei dem Etat der Geflügelverwaltung berichtet Abg. von Benda über eine Petition des Magistrats zu Post um Stationirung des für Oberchefsachen zu errichtenden Landgestüts an diesem Orte. Die Stadt hat seiner Zeit auf Veranlassung der Militärbehörden für 20,000 Thaler die nöthigen Räumlichkeiten hergerichtet, die in Folge des Beschlusses, das Landgestüt in Kassel zu stationiren, unbenutzt geblieben. Die Budgetkommission beantragt, die Petition durch die Beschlüsse über den Etat der Geflügelverwaltung für erledigt zu erklären. Abg. Birdow erklärt, die Kommission habe nicht weiter gehen können, weil die Militärverwaltung nicht mehr rein preussisch ist. Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Bei dem Etat des Kultusministeriums bemerkt der Abg. Freiherr v. Fürth, dem Kultusminister hätte bekannt sein müssen, daß der von diesem für das Amt eines ordentlichen Professors der Dogmatik an der Universität Bonn als nicht geeignet erklärte Professor Sieman seit dem Jahre 1865 verschiedene dogmatische Kollegien gelesen hat.

Ministerialdirektor Greiff erwidert, diese Thatsache sei dem Ministerium keineswegs unbekannt, aber es sei zweifelhaft gewesen, ob der Betreffende für das Ordinariat tauglich ist.

Abg. Windthorst (Meppen) weist es, parlamentarisch ausgedrückt, nicht zusammenzurechnen, daß der Kultusminister sagte, der Betreffende habe nicht über Dogmatik gelesen, der Kommissar sagt, es sei bekannt, daß er darüber gelesen habe.

Abg. Borowski bittet um Regelung der Verhältnisse des katholischen Religionsunterrichts an dem brandenburger Gymnasium.

Abg. Schröder (Rippstadt) wiederholt seine bei der zweiten Lesung gemachten Angaben über die Gymnasien zu Brilon und Attendorf und bittet, dem ersten einen solchen Staatsaufschlag zu gewähren, daß es im Ganzen ebenso hoch dotirt sei, als das letztere. Abg. Weyrenspennig hebt hervor, der Vorredner habe nicht berücksichtigt, daß die Kommunalsteuern in Brilon von 75 auf 58 Prozent gestiegen seien. Abg. Schröder (Rippstadt) hält es für kein Verbrechen, nicht 200 Prozent Kommunalsteuer zahlen zu müssen. Abg. Werner hält die vom Reichshofrath gebilligte Forderung für am schlechtesten gestellt und weist auf die nachtheiligen Folgen davon hin.

Damit sind sämtliche Etats genehmigt.

Endlich wird noch das Etatsgesetz selbst mit allen Stimmen gegen die des Zentrums und der Polen in folgender Fassung angenommen. § 1. Der diesem Gesetze als Anlage beigefügte Staatshaushaltsetat für das Jahr 1875 wird in Einnahme auf 694,498,919 Mark und in Ausgabe 694,498,919 Mark, nämlich auf 613,683,446 Mark an fortwährenden und auf 80,812,473 Mark an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben festgesetzt. § 2. Im Jahre 1875 können nach Anordnung des Finanzministers verzinste Schatzanweisungen bis auf Höhe von 30,000,000 Mark, welche vor dem 1. Oktober 1876 verfallen müssen, wiederholt ausgeben werden. Auf dieselben finden die Bestimmungen der §§ 4 und 6 des Gesetzes vom 28. September 1866 (Gesetzbl. S. 607) Anwendung. § 3. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Damit ist die Berathung des Staatshaushalts-Etats im Abgeordnetenhaus erledigt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Erste Berathung des Gesetzentwurfes betreffend das Kostenwesen in Ansehung der Staatsmittel und betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln an die römisch-katholischen Bischöfe und Bischöfen.)



Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 30 bez.  $\frac{1}{2}$  Br., pr. März. 30 $\frac{1}{2}$  bez. u. Br. pr. April 30 $\frac{1}{2}$  Br. pr. Sept. 33 $\frac{1}{2}$  bez. 34 Br., pr. Sept.-Dezem.r. 34 bez. 34 $\frac{1}{2}$  Br. Weichend.



